

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend sende ich einige Informationen zu den Kriegen in der Ukraine und in Westasien - auch heute wieder einmal mit dem Hinweis, dass ich nicht mit allen Aussagen übereinstimme, die Artikel aber für relevant halte.

**1. n tv: Bericht: Trump will bald "Friedensgesandten" ernennen**

**2. Freitag: Politik : Militärexperte: „Donald Trump könnte den Ukrainekrieg unter zwei Bedingungen beenden“**

**3. IPG: Kein Grund zur Panik. Trumps Wahl verstärkt die Sorgen in der Ukraine.**

**Es braucht ein realistisches Verständnis der Lage im Land – und einen Waffenstillstand.**

**4. taz: Krieg in Gaza „Der Tod ist die Regel, nicht die Ausnahme“**

**5. FR: Israelisches Bombardement – Deutschland als „Mittäter“**

**6. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG – DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IM KONTEXT VON GAZA**

**7. NYT: Iran und Trump sind auf dem Saudi-Gipfel an vorderster Front**

**8. ORL: Donald Trump wird wieder US-Präsident:**

**Was bedeutet das für Friedenspolitik und Rüstungskontrolle?**

**9. Weact: Zur Mitunterzeichnung:**

**Keine Werbepartnerschaft zwischen Borussia Dortmund und Rheinmetall!**

---

## **1. n tv: Bericht: Trump will bald "Friedensgesandten" ernennen**

<https://www.n-tv.de/politik/18-34-Bericht-Dutzende-russische-Airlines-von-Insolvenz-bedroht--article23143824.html>

### **18:03 Bericht: Trump will bald "Friedensgesandten" ernennen**

Der designierte US-Präsident Donald Trump erwägt offenbar, bald einen "Friedensgesandten" zu ernennen, der die Verhandlungen für ein Ende des Krieges führen soll. Das berichtet der Trump-nahe US-Sender Fox News unter Berufung auf mehrere anonyme Quellen. "Sie werden einen sehr hochrangigen Sondergesandten sehen, jemanden mit viel Glaubwürdigkeit, dem die Aufgabe übertragen wird, eine Lösung zu finden, um zu einer Friedensregelung zu gelangen", heißt es. Die Ernennung werde "innerhalb kurzer Zeit" erfolgen.

### **17:37 Stützpunkt für NATO-Raketenabwehr in Polen eröffnet**

Vertreter der USA und der polnischen Regierung haben in Polen einen Stützpunkt für das NATO-Raketenabwehrsystem in Europa offiziell eröffnet. "Die ganze Welt wird klar und deutlich sehen, dass dies hier kein russischer Einflussbereich mehr ist", sagt Präsident Andrzej Duda. Die vom US-Militär betriebene Basis in Redzikowo liegt etwa hundert Kilometer westlich von Danzig im Norden Polens und ist Teil des NATO-Raketenabwehrschirms.

Das System, zu dem auch ein ähnlicher Stützpunkt in Rumänien gehört, wurde unter dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush geplant. Ursprünglich war es dafür gedacht, Europa vor einer Bedrohung durch mögliche Raketenanschläge des Irans zu schützen. In Polen wurde es aber immer auch als ein Schutz vor einer Aggression Russlands gesehen.

-----

## **2. Freitag: Politik : Militärexperte: „Donald Trump könnte den Ukrainekrieg unter zwei Bedingungen beenden“**

<https://www.freitag.de/autoren/dorian-baganz/donald-trump-koennte-den-ukrainekrieg-unter-zwei-bedingungen-beenden>

### **Politik : Militärexperte: „Donald Trump könnte den Ukrainekrieg unter zwei Bedingungen beenden“**

Spätestens seit Trumps Wahlsieg geistert eine Frage durch außenpolitisch interessierte Kreise: Wird er die Militärhilfen für die Ukraine stoppen? Und wäre er in der Lage, den Krieg gegen Russland zu beenden? August Pradetto sagt: Ja

Von Dorian Baganz

08.11.2024

Vor einiger Zeit soll Donald Trump dem israelischen Premier Benjamin Netanjahu mitgeteilt haben, er wolle den Krieg im Nahen Osten noch vor seinem Amtsantritt am 20. Januar 2025 beendet sehen. Und das ist nicht der einzige militärische Konflikt, den der „President-elect“ auf Eis legen will. So sagte er in seiner Siegesrede: „Ich werde Kriege beenden.“

Nun fragen sich viele, welche Konsequenzen diese Aussage für die Ukraine hat. Immerhin hat Trump vor seiner Wahl die Hilfen für das osteuropäische Land mehrfach infrage gestellt und verlautbart, im Falle seiner Wiederwahl dieses Problem „zu regeln“. Nach eigenen Angaben haben die USA seit Kriegsbeginn Kiew Militärhilfe im Wert von 64 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt. Ist es damit bald vorbei? Und ist Trump überhaupt in der Lage, den Krieg zu stoppen?

Fragen an den Politikwissenschaftler August Pradetto.

der Freitag: Herr Pradetto, ist die Welt durch die Wahl Donald Trumps sicherer oder unsicherer geworden?

August Pradetto: Trump ist ein nationalistischer Egomane, der nichts am Hut hat mit internationalem Recht, internationalen Institutionen oder multilateralen Vereinbarungen. Für ihn ist das, was er als Interesse der Vereinigten Staaten definiert, an erster Stelle: „America First“. Das bestimmt auch sein Verhältnis zur UN, zur NATO und zur Europäischen Union.

Wenn so eine Position von einem Regierungschef wie Viktor Orbán in Ungarn vertreten wird, hat das nur beschränkte, regionale Auswirkungen. Aber wenn das ein Mann wie der amerikanische Präsident vertritt, dann löst sowas natürlich ein globales politisches Erdbeben aus. Deswegen bin ich der Auffassung, dass mit Trump die internationalen Beziehungen unberechenbarer, unsicherer und disruptiver werden.

Trump hat angekündigt, den Ukrainekrieg „innerhalb von 24 Stunden“ beenden zu können. Ist das realistisch?

Es wäre realistisch nur unter zwei Bedingungen. Erstens: Wenn er Wolodymyr Selenskyj die Pistole auf die Brust setzt und die Zahlungen, vor allem die Waffenlieferungen, an die Ukraine einstellt. Dann bleibt der ukrainischen Führung nichts anderes übrig, als in irgendeiner Weise den Krieg zu einem Ende zu bringen.

Zweitens, und das ist der entscheidende Punkt: Wenn er auf die Forderungen Putins eingeht. Die erklärten Ziele der russischen Kriegsführung sind die Übernahme des Donbas und dass die Ukraine kein NATO-Mitglied wird.

Wird Trump beides akzeptieren?

Kiew eine Absage an eine NATO-Mitgliedschaft zu erteilen, wird ihm nicht schwerfallen. Trump ist ja sowieso niemand, der noch zusätzliche Verpflichtungen und dann noch für ein Kriegsland wie die Ukraine haben will. Mit dem Donbas verhält es sich ein bisschen anders, denke ich. Trump will bestimmt nicht einer sein, der Putin über die bestehenden militärischen Realitäten hinausgehend in der Ostukraine territoriale Zugeständnisse in einem Drittland macht.

Dann würde er gegenüber Moskau als schwacher Präsident dastehen. Das wird er versuchen, zu verhindern. Ich gehe deswegen davon aus, dass die russische Armee versuchen wird, in den zwei verbleibenden Monaten bis zu Trumps Amtsantritt möglichst viel Territorium zu erobern. Im günstigsten Fall endet der Krieg dann an der bestehenden Frontlinie.

Die NATO-Osterweiterung um die Ukraine war von Anfang an gefährlich

Ob und wann der Krieg endet, hängt auch davon ab, wen Trump als Außenminister bestimmt. Da sind ja gerade zwei Namen im Gespräch: Richard Grenell und Marco Rubio ...

... und Mike Pompeo!

Wie würde die letzte Auswahl denn die amerikanische Ukrainepolitik beeinflussen?

Alle drei liegen voll auf Trumps Linie, insofern, als sie Unilateralisten und America-First-Vertreter sind. Sie wollen nicht europäische Interessen groß berücksichtigen, sondern nur dann, wenn eine Übereinstimmung mit den amerikanischen Interessen besteht. Alle drei folgen Trumps Kurs, den Ukrainekrieg schnell zu beenden. Ich denke aber, dass Richard Grenell aus Sicht Kiews noch die günstigste Wahl wäre ...

Wieso?

Erstens würde er gegenüber der russischen Führung bestimmt genauso arrogant auftreten wie seinerzeit gegenüber der deutschen Regierung, als er Botschafter in Berlin war. Zweitens könnte seine sexuelle Orientierung der Ukraine paradoxerweise zugutekommen. Schließlich steht seine Homosexualität in völligem Widerspruch zur Homophobie, die von Putin und der russischen Führung gepflegt wird. Grenell würde gegenüber dem Kreml schon deswegen noch unnachgiebiger auftreten als die anderen zwei.

In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ war kürzlich zu

lesen, dass im Falle eines Sieges von Kamala Harris eine Einladung der Ukraine in die NATO im Raum stünde – zumindest jener Gebiete, die von der Kiew-Regierung kontrolliert werden. Das wäre gefährlich geworden, oder?

Zweifellos! Die NATO-Osterweiterung um die Ukraine war von Anfang an gefährlich. Diese Idee wird ja bereits seit 2002 von der US-Administration verfolgt. Das wurde auf einem NATO-Gipfel unter George W. Bush kurz vor dem Einmarsch in den Irak auch dezidiert gesagt:

Auch die Ukraine soll ein Teil der NATO werden. 2008 eskalierte das dann, als auf dem Gipfel in Bukarest die amerikanische Administration mit bestimmten einigen Politikern aus der Ukraine den Antrag einbrachte, Kiew mit einem „Membership Action Plan“ auch ganz praktisch auf den Weg in die NATO zu bringen.

Das verhinderten Deutschland und Frankreich, weil sie wussten, dies würde Konfrontation mit Moskau bedeuten. Genau vor dem Hintergrund dieser US-amerikanisch-ukrainischen Initiative fing die heftige Auseinandersetzung mit Russland und Putin an. Er hat dort vehement reagiert und deutlich gemacht: Ich akzeptiere das nicht.

Wäre die Ukraine unter einer Präsidentin Harris in die NATO gekommen?

Nein, dafür hätten alle Mitglieder zustimmen müssen, und es gibt keine einheitliche Meinung dazu in der NATO. Das Unternehmen wäre zum Scheitern verurteilt gewesen.

Die Ukraine kann den Krieg nicht gewinnen

Sie haben 2015 in einem Text die Debatte über Waffenlieferungen an die Ukraine als „lächerlich“ bezeichnet. Würden Sie das heute auch noch so formulieren?

Mit Blick auf den politischen Umbruch 2014 würde ich das nochmal genauso sagen, ja. Der Ukraine hat es doch damals nicht anWaffen gemangelt. Sie gehörte neben den USA, Russland und einigen westeuropäischen Ländern zu den größten Waffenexporteuren der Welt und stellte nebenbei gesagt auch einen der modernsten Kampfpanzer überhaupt her, den T84.

Das Hauptproblem damals war die innerukrainische Aussöhnung: Auf der einen Seite stand die ukrainisch sprechende Volksgruppe, auf der anderen die russophile. Es ging nicht nur um die Gleichbehandlung der Sprachen, sondern auch um die Außenpolitik.

Ein Teil der Ukrainisch sprechenden Elite hat die NATO-Mitgliedschaft gefordert, während das vor allem im Osten abgelehnt worden ist. Es war immer eine Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Großgruppen, oder richtiger: zwischen ukrainisch-nationalistischen Kreisen und den

russophilen Extremisten. Seit dem 24. Februar 2022 ist die Frage nach den Waffenlieferungen anders zu beantworten. Nach dem russischen Überfall konnte nur versucht werden, die Existenz der Ukraine mit Waffenlieferungen aus dem Westen aufrechtzuerhalten.

Aber 2013/2014 stand ein anderer Konflikt im Vordergrund, nämlich die Multiethnizität und die Koexistenz der beiden Volksgruppen in der Ukraine. Dieses Problem wurde auch nach dem Umbruch 2014 nicht gelöst und von den Extremisten auf beiden Seiten eskaliert.

In der öffentlichen Debatte sind Sie nicht bekannt als jemand, der ständig für neue Waffen trommelt.

Völlig richtig. Ich habe immer gesagt: Die Ukraine muss befähigt werden, sich zu verteidigen. Ihr bleibt unter den Bedingungen eines solchen Krieges nichts anderes übrig, und das kann sie nur mit Waffenlieferungen aus dem Westen. Aber bloß Waffenlieferungen werden den Krieg nicht beenden. Dieser Krieg muss politisch beendet werden, und das erfordert eine politische Strategie, die anerkennt, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen kann und bei Fortdauer des Krieges immer tiefer in die Zerstörung abrutscht.

Wenn Trump bald regiert, wird die Hälfte der US-Unterstützung an die Ukraine wegfallen, heißt es. Welche Folgen hätte das für die Ukraine?

In welchem Ausmaß Waffenlieferungen wegfallen, weiß man nicht. Trump wird mit Sicherheit nicht in der gleichen Weise die Ukraine unterstützen, wie das bisher unter Joe Biden der Fall ist. Deswegen stehen wir vor einem Dilemma: Der Bundeskanzler hat völlig richtig gesagt, dass ohne die amerikanische Unterstützung die Hilfe für die Ukraine von den Europäern nicht kompensiert werden kann.

Der Ukrainekonflikt wird gerne als „Kalter Krieg 2.0“ dargestellt, wo der gute Westen gegen den bösen Osten kämpft. Was halten Sie von diesem Narrativ?

Das geht an der viel komplexeren Realität völlig vorbei, ist aber typisch: An allem sind die Russen schuld. Warum sich in der ersten Hälfte der 2000-Jahre das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland so verschlechtert hat, braucht in diesem Narrativ überhaupt nicht mehr analysiert zu werden. Die eigenen Versäumnisse spielen keine Rolle, und die Ukraine und der Westen sind immer das Opfer.

An allem sollen die Russen schuld sein: Das geht an der viel komplexeren Realität völlig vorbei

Was sind denn die Versäumnisse des Westens?

Dass die Amerikaner über Jahre versucht haben, die Ukraine in die NATO

zu holen. Victoria Nuland ist da eine der Schlüsselfiguren, die sich das auf die Fahne geschrieben hatte. Bis vor kurzem war sie noch für die eurasische Politik im amerikanischen Außenministerium verantwortlich. Leute wie sie haben immer gedacht: Die USA machen, was sie für richtig halten.

Außerdem: Putin blufft nur. Das war ein schwerwiegender Fehler. 2019 hat die Ukraine die Mitgliedschaft sowohl in der EU als auch in der NATO sogar zum Staatsziel in der Verfassung erhoben. Wie konnte man das nur machen? Wo man, wenn man nicht taub war, wissen konnte, dass Putin das nicht mitmacht?

Hat die Ukraine völkerrechtlich und moralisch nicht das Recht, ihre eigene Außenpolitik zu machen?

Völlig richtig. Aber Recht und Moral sind in der internationalen Politik noch nie die allein gültigen Maßstäbe gewesen. Wie man so an der Realität vorbeigehen konnte, obwohl es nebenan eine große Macht gab, die bereit war, militärisch einzugreifen – das erschließt sich nur, wenn man die Arroganz der Macht in Rechnung stellt, deren Schwäche darin besteht, sich selbst zu überschätzen und Realitäten auszublenken.

**August Pradetto** (geboren 1949) ist ein emeritierter Professor für Politikwissenschaft, mit dem Fokus auf internationale Beziehungen. 1992 wurde er an die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg berufen. Über den Russland-Ukrainekrieg schreibt er regelmäßig in den Blättern für deutsche und internationale Politik.

-----

### **3. IPG: Kein Grund zur Panik. Trumps Wahl verstärkt die Sorgen in der Ukraine.**

**Es braucht ein realistisches Verständnis der Lage im Land – und einen Waffenstillstand.**

[https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/kein-grund-zur-panik-1-7911/?utm\\_campaign=de\\_40\\_20241112&utm\\_medium=email&utm\\_source=newsletter](https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/kein-grund-zur-panik-1-7911/?utm_campaign=de_40_20241112&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

Außen- und Sicherheitspolitik 11.11.2024 |

Julija Mendel

Julija Mendel ist Journalistin und Politikberaterin aus der Ukraine. Von Juni 2019 bis Juli 2021 arbeitete sie als Pressesprecherin der Regierung von Präsident Wolodymyr Selenskyj.

## **Kein Grund zur Panik**

### **Trumps Wahl verstärkt die Sorgen in der Ukraine.**

### **Es braucht ein realistisches Verständnis der Lage im Land – und einen Waffenstillstand.**

(...)

Kann und wird Donald Trump den Krieg beenden? Ich weiß es nicht. Was ich weiß, ist, dass in den höchsten Positionen, unter westlichen Politikern und Diplomaten schon seit langem über einen Waffenstillstand diskutiert wird. Ein Waffenstillstand – wie unvollkommen er letztlich auch sein mag – dürfte wohl das Beste sein, worauf wir in naher Zukunft hoffen können.

(...)

Was das Staatsgebiet betrifft: Seit der gescheiterten Gegenoffensive 2023 hatte die Ukraine keine realistische Chance, gewisse Landstriche zurückzuerobern. Daran wird auch alle Unterstützung auf Twitter nichts ändern. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Monaten mehr Territorium verloren als im gesamten Jahr 2023: Allein zwischen August und September waren es etwa 478 Quadratkilometer.

Das ist nicht allein die Schuld des Westens. Wenn man sich dort überhaupt nicht um die Ukraine scheren würde, hätte man nicht die immense Unterstützung geleistet, die wir 2022 und 2023 erhalten haben. Die unangenehme Wahrheit bleibt aber: Die potenzielle Rückeroberung unserer Gebiete würde sehr viel Zeit, strategische Geduld und eine Kombination aus militärischer Stärke und diplomatischem Geschick erfordern.

Im Moment hingegen wird die Ukraine unter der Belastung des erbittert fortgeführten Krieges von Tag zu Tag schwächer. Deshalb brauchen wir Beständigkeit, Entschlossenheit und ein klares, realistisches Verständnis für die Situation hier in der Ukraine. Dramatisierende Rhetorik hilft uns nicht. Wir müssen die Wahlentscheidung des amerikanischen Volkes – und die Entscheidungen der Weltgemeinschaft – mit kühlem Kopf und offenem Herzen annehmen.

Die englische Originalversion dieses Artikels erschien zuerst in der Kyiv Post.

Aus dem Englischen von Tim Steins

-----

#### **4. taz: Krieg in Gaza, „Der Tod ist die Regel, nicht die Ausnahme“**

<https://taz.de/Krieg-in-Gaza/!6045569/>

#### **Krieg in Gaza, „Der Tod ist die Regel, nicht die Ausnahme“**

Israels Militär belagert den Nord-Gazastreifen, die humanitäre Situation ist fatal.

Am Telefon berichten Menschen, die dort ausharren, von ihrem Alltag im Krieg.

11.11.2024 17:10 Uhr

Von Karim El-Gawhary Kairo taz | Es mangelt nicht an Worten, um die derzeitige Situation im nördlichen Gazastreifen zu beschreiben: Als „apokalyptisch“ bezeichnete eine Gruppe von UN-Organisationen, darunter das Welternährungsprogramm, sie jüngst. „Die gesamte palästinensische Bevölkerung im Norden Gazas ist von Tod, Krankheit, Hunger und Gewalt bedroht“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Seit fünf Wochen wird der Nordteil des Küstenstreifens von israelischen Truppen belagert, ihre Panzer rollen durch die Orte Beit Lahiya, Beit Hanoun und das seit 1948 bestehende und zu einer Stadt herangewachsene Flüchtlingscamp Jabaliya.

Internationalen Journalisten verwehrt Israel den Zugang zum Gazastreifen. Die wohl beste Option, um sich selbst ein Bild zu machen, ist derzeit, mit Menschen vor Ort zu telefonieren.

Majda Al-Adham lebt mit ihren acht Kindern im Alter zwischen 5 und 17 Jahren in ihrer Wohnung im Jabaliya-Flüchtlingslager – trotz des israelischen Aufrufs, das Camp zu verlassen. Im Laufe des letzten Jahres hatte sie ihr Zuhause bereits viermal verlassen und sei am Ende immer wieder zurückgekehrt, erzählt sie. „Kein Ort war sicher.“

Warum flieht sie nun nicht erneut? „Es ist zu gefährlich. Wenn ich nur die Haustür öffne, fliegen draußen israelische Quadrocopter und schießen auf alles. In der Straße hinter uns sind die israelischen Panzer“, antwortet sie. Ihr Haus wackele jedes Mal, wenn die Panzer vorbeierollen. Doch auch im Haus herrscht die Angst. „Wenn ich von einem Zimmer zum nächsten gehe, kommen alle Kinder mit. Entweder überleben wir gemeinsam oder wir sterben alle zusammen.“

#### **Teil des „Plans der Generäle“?**

Jüngst schätzte das UN-Büro für Humanitäre Angelegenheiten (OCHA), dass nach etwa einem Monat Belagerung etwa 100.000 Menschen aus dem nördlichen Gazastreifen Richtung Süden vertrieben wurden. Bis zu 95.000 Palästinenser sollen sich aber weiterhin im nördlichen Teil aufhalten. Seit Beginn der Belagerung wurden dort nach palästinensischen Angaben mindestens 1.300 Menschen getötet.

Die israelische Regierung hält die Belagerung für notwendig, um zu verhindern, dass sich in Nordgaza erneut Hamas-Kämpfer gruppieren. Aber Menschenrechtsgruppen fürchten, dass die Belagerung Teil des sogenannten „Plans der Generäle“ ist – und zum Ziel hat, die Menschen aus dem Norden des Gazastreifens permanent zu vertreiben und das Gebiet im Anschluss zu einer geschlossenen Militärzone zu erklären. (...)

-----

## **5. FR: Israelisches Bombardement – Deutschland als „Mittäter“**

<https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/israelisches-bombardement-deutschland-als-mittaeter-93405541.html>

### **Israelisches Bombardement – Deutschland als „Mittäter“**

Stand: 11.11.2024, 16:36 Uhr

Von: Pitt von Bebenburg

Offener Brief aus der Wissenschaft prangert Haltung der Bundesregierung zu Israel an.

In drastischen Worten fordert eine Gruppe von Intellektuellen aus Deutschland und vielen anderen Ländern die Bundesregierung zu einem Kurswechsel in ihrer Israel-Politik auf.

„... seit über einem Jahr trägt diese Bundesregierung aktiv zur Tötung und Entmenschlichung von Palästinenser:innen bei, indem sie Israel politisch, finanziell, militärisch und rechtlich unterstützt“, heißt es in ihrem Offenen Brief, der auch an die Abgeordneten des Bundestags versandt wurde. Die Autorinnen und Autoren sprechen von „Deutschlands Mittäterschaft an israelischen Völkerrechtsverbrechen“, die umgehend beendet werden müsse.

Zu den 66 Erstunterzeichnenden gehören die deutsch-amerikanische „Unorthodox“-Autorin Deborah Feldman, der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty, die israelische Journalistin Amira Hass, der israelische Historiker Raz Segal und der Musik-Professor Michael Barenboim. Unterstützung kommt von vielen Holocaust-, Genozid- und Gewaltforscher:innen, darunter Hanna Pfeifer vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

Mehr als 500 Personen haben sich dem Aufruf angeschlossen, darunter viele Lehrende von Hochschulen in Deutschland, Großbritannien und anderen Ländern sowie eine Reihe von ehemaligen Diplomaten. Auch die

deutschen Autorinnen Esther Dischereit und Kübra Gümüşay zählen zum Unterstützerkreis.

„Die Bundesregierung hat sich mit ihrer Position der politischen und militärischen Unterstützung inzwischen international marginalisiert“, sagt Pfeifer. Die USA würden unter einem Präsidenten Donald Trump keinen Deeskalationskurs einschlagen. Umso wichtiger seien jetzt klare Signale aus Deutschland.

In dem Text werden die Folgen der israelischen Angriffe in Gaza, der Westbank und im Libanon geschildert: mehr als 42 000 Todesopfer, Tausende Verletzte und Vertriebene, für die es keinen sicheren Ort gibt, an den sie fliehen könnten.

„Mit Grauen beobachten wir den sich abzeichnenden Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung durch Israel“, beginnt der Offene Brief. „Wir sind zutiefst erschüttert. Es schmerzt uns, und wir sind wütend angesichts dieser eklatanten Missachtung von Menschenleben – eine Missachtung, von der die deutsche Bundesregierung erwartet, dass wir sie als normal und notwendig hinnehmen.“

Die Unterzeichnenden fordern von der Bundesregierung, „sich konsequent auf die Seite der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts zu stellen und in einer Weise Druck auf Israel auszuüben, die das Töten, Verstümmeln und Vernichten palästinensischen Lebens sofort unterbindet.“ Bisher unterstützten staatliche Institutionen, Parteien und Politiker:innen in Deutschland die Verbrechen der israelischen Armee größtenteils, behaupten die Autorinnen und Autoren.

Es sei umfassend von den Vereinten Nationen und führenden Menschenrechtsorganisationen dokumentiert, dass Israel „Völkerrechtsverbrechen, darunter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ begehe. Die Autorinnen und Autoren verweisen auf Erkenntnisse aus der Holocaust- und Völkermordforschung sowie von Völkerrechtsexperten.

Ausdrücklich nennen sie das Lemkin-Institut für Genozidprävention und menschliche Sicherheit, den Bericht „Anatomy of a Genocide“ der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese und das Universitätsnetzwerk für Menschenrechte. Sie alle seien zu dem Schluss gekommen, „dass der derzeitige Angriff auf Palästina einem Völkermord gleichkommt“.

Der Offene Brief sei „insbesondere von Forscher:innen und Beamt:innen in Deutschland vorangetrieben“ worden, berichtete Gewaltforscherin Pfeifer der FR. „Als Beschäftigte an staatlich geförderten oder staatlichen Institutionen sehen sie eine besondere Verantwortung, sich gegen die derzeitige deutsche Politik im Konflikt zu positionieren und eine Kursänderung einzufordern.“

**siehe auch:**

<https://www.aljazeera.com/news/liveblog/2024/11/10/live-israeli-warships-kill-3-palestinians-released-from-detention-in-gaza?update=3314495>

(...)

Die USA haben die Lieferung von 130 Bulldozern nach Israel inmitten von Hauszerstörungen im Gazastreifen eingefroren, so ein Bericht der israelischen Zeitung Yedioth Ahronoth.

Das israelische Verteidigungsministerium hatte einen Vertrag über den Kauf der D9-Bulldozer unterzeichnet, eine Art von Schwerlast-Baugeräten, die von Caterpillar hergestellt wurden, berichtete die Tageszeitung. (...)

— —

## **6. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG – DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IM KONTEXT VON GAZA**

<https://library.fes.de/pdf-files/international/21591.pdf>

### **FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG – DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IM KONTEXT VON GAZA**

Widersprüche der deutschen feministischen Außenpolitik und Perspektiven menschlicher Sicherheit

Barbara Mittelhammer, Leonie Stamm, Lydia Both

November 2024

(...)

### **DEM GLAUBWÜRDIGKEITSVERLUST ENTGEGENWIRKEN**

Die Vorwürfe von Doppelstandards und der zunehmende Glaubwürdigkeitsverlust Deutschlands als Vertreter einer konsequenten feministischen Außenpolitik sind fatal für die deutsche Diplomatie und Außenpolitik. Deutschland isoliert sich zunehmend von wichtigen Partner\_innen, das Vertrauen lokaler zivilgesellschaftlicher und menschenrechtlicher Organisationen in Deutschland befindet sich in der Krise.

Eine handlungsorientierte Rückbesinnung auf feministische Leitlinien könnte dazu beitragen, der Dissonanz – wo noch möglich – entgegenzuwirken. Neben dem Einsatz für oft geforderte substanzielle Maßnahmen (Einsatz für einen

sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand, uneingeschränkte humanitäre Hilfe, Freilassung der Geiseln und die unverzügliche Schaffung politischer Perspektiven) legt eine feministische Perspektive Empfehlungen auf drei Ebenen nahe:

– Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen  
(...)

– Ausrichtung humanitärer Hilfe auf die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen  
(...)

Stärkung der Menschenrechte und völkerrechtlicher Instrumente  
(...)

—

### **Ausblick**

Der deutsche Kontext, geprägt durch die historisch begründete Verantwortung, bringt Besonderheiten mit sich.

Diese Verantwortung bedeutet keineswegs unüberwindbare Dilemmata mit den Prinzipien feministischer Außenpolitik. Zumal historische Verantwortung im feministischen Sinne Solidarität mit Israel im Einklang mit der Universalität von Menschenrechten und dem Schutz menschlichen Lebens versteht.

Der Grundsatz, alles Mögliche zu tun, um unermessliches menschliches Leiden und Sterben zu beenden, muss Teil der Auslegung dieser Verantwortung sein. Daraus ergibt sich ein Paradigmenwechsel historischer Verantwortung dahin gehend, dass die Sicherheit der Menschen in Israel mit der Sicherheit und Selbstbestimmung der Menschen in Palästina einhergeht.

Das muss auch die Frage aufgreifen, wie eine gleichermaßen selbstbestimmte Perspektive im Rahmen einer politischen Lösung für die Menschen der Region aussehen kann. Eine inklusive und feministische Perspektive im Sinne menschlicher Sicherheit, unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Perspektiven und menschenrechtlich-völkerrechtlicher Prinzipien, wäre dabei unerlässlich.

Darüber hinaus ist es erforderlich, die weiteren regionalen Implikationen des Kriegs unter der Linse einer feministischen Außenpolitik zu betrachten.

-----

## **7. NYT: Iran und Trump sind auf dem Saudi-Gipfel an vorderster Front**

<https://www.nytimes.com/2024/11/11/world/middleeast/saudi-riyadh-iran-trump.html?smid=nytcore-ios-share&referringSource=articleShare>

### **Iran und Trump sind auf dem Saudi-Gipfel an vorderster Front**

Führer aus der gesamten arabischen und muslimischen Welt waren in Riad zu einem Treffen, das offiziell einberufen wurde, um die Kämpfe in Gaza und im Libanon zu diskutieren.

----

## **8. ORL: Donald Trump wird wieder US-Präsident:**

### **Was bedeutet das für Friedenspolitik und Rüstungskontrolle?**

<https://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/donald-trump-wird-us-praesident-project-2025-frieden-ukraine-atomwaffen-ruestungskontrolle-666.html>

### **Nachrichten - 7. November 2024**

#### **Donald Trump wird wieder US-Präsident:**

#### **Was bedeutet das für Friedenspolitik und Rüstungskontrolle?**

Die US-Wahlen sind entschieden: Donald Trump wird wieder Präsident der USA. Was bedeutet das für die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten? Wie wird die NATO reagieren? Und welche Pläne hat Trump für die US-Atomwaffen? Wir geben einen ersten Überblick darüber, welche Friedens- und Verteidigungspolitik von Trump zu erwarten ist.

US-Präsident Trump ist mit einer klaren innenpolitischen Agenda angetreten. Die wenigsten seiner Wählerinnen und Wähler haben ihn aus außenpolitischen Gründen gewählt. Friedens- und Verteidigungspolitik spielten im Wahlkampf entsprechend kaum eine Rolle. In seiner ersten Amtszeit ist Donald Trump insbesondere durch seine Unberechenbarkeit aufgefallen und dadurch, "Deals" mit schnellen Vorteilen für die USA

("America First") einzufordern.

Die Kündigung wichtiger Abkommen wie des INF-Vertrages und des Iran-Abkommens (JCPOA), eine widersprüchliche Haltung zu Russland und eine fast schon zwanghafte Fokussierung auf China bleiben in Erinnerung. Ebenso die Eigenart, durch massive Drohungen eine Reaktion von Bündnispartnern zu erzwingen. Dazu passt, dass Trump im Frühjahr 2024 andeutete, Russland zu einem Angriff auf "säumige" NATO-Staaten ermuntern zu wollen. Selbst US-Militärs warnen vor Trumps autoritären Bestrebungen.

Project 2025: Die erschreckende Agenda für Trumps zweite Amtszeit?

Die künftige US-Außenpolitik vorherzusehen, gleicht daher einem Blick in die Glaskugel. Anhaltspunkte für die Pläne der Republikaner bietet jedoch das umfangreiche Konzeptpapier "Project 2025", das der konservative US-Thinktank "The Heritage Foundation" veröffentlicht hat. Auf mehr als 920 Seiten skizziert es eine politische Agenda, die den Rahmen für die zweite Amtszeit Trumps bilden könnte.

Sie sieht unter anderem einen radikalen Umbau des Regierungsapparats und die Bündelung der Macht in den Händen des Präsidenten vor. Zudem plant sie im Kern eine US-Politik, die auf Militarisierung ausgerichtet ist, Konfrontation sucht, Rüstungskontrollabkommen als gescheitert verspottet und den globalen Systemwettbewerb durch militärische Überlegenheit - insbesondere im Bereich der Atomwaffen - gewinnen will.

Was ist von US-Präsident Trumps Außenpolitik für Europa zu erwarten?

Das "Project 2025" spricht sich für eine "Umgestaltung" der NATO aus. Die Hauptverantwortung für die Abschreckung gegenüber Russland soll an die europäischen Staaten übertragen werden. Perspektivisch ist sogar ein Abzug der US-Streitkräfte aus Europa angedacht. Ob es sich dabei um mehr als eine Drohung handelt, bleibt offen. Fest steht, dass die Trump-Administration die europäischen NATO-Staaten zu massiver Aufrüstung drängen wird. Hierauf müssen diese eine Antwort finden, ohne sich in ein Wettrüsten hineinziehen zu lassen.

In der Vergangenheit hat Donald Trump damit geprahlt, er könne den Ukraine-Krieg sehr schnell beenden. Angesichts seiner Verbindungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin schürt dies insbesondere in der Ukraine die Sorge, dass die USA ihre Hilfen stoppen und ein Abkommen zu Bedingungen Russlands erzwingen könnten. Beobachter gehen davon aus, dass die Situation der Ukraine kein Schwerpunkt der politischen Agenda der US-Regierung sein wird. Es ist daher an den europäischen Staaten, endlich Initiativen für einen gerechten Frieden in der Ukraine zu starten.

Welche internationalen Schwerpunkte setzt die Trump-Regierung?

Unter den im "Project 2025" beschriebenen Schwerpunkten der internationalen Politik spielt erwartungsgemäß der Systemwettbewerb mit China eine große Rolle. Er soll nicht nur durch Handelsbeschränkungen, sondern auch durch militärische Dominanz in allen Bereichen (auch im Weltraum und im Bereich der Cyber-Technologien) gewonnen werden. Selbst der Einsatz militärischer Mittel zur Bekämpfung von Chinas Infrastruktur-Investitionsprojekten im Rahmen der "Neuen Seidenstraße" ist offenbar eine Option.

Weiterhin wird eine klare Unterstützung Israels erwartet: Das "Project 2025" setzt auf einen Konfrontationskurs mit Iran, es will jegliche Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde streichen und eine neue Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten einführen, die die Ursachen des israelisch-palästinensischen Konfliktes weitgehend ignoriert. Allgemein ist jedoch zu erwarten, dass das Interesse an globalen Fragen sinkt: Zentrales außenpolitisches Thema für Donald Trump wird wohl der Umgang mit Geflüchteten aus Mittel- und Südamerika sein.

Welche Pläne hat Präsident Trump für die US-Atomwaffen?

Nukleare Aufrüstung ist ein zentraler Bestandteil des "Project 2025". Die Atomwaffen-Programme sollen beschleunigt, die Mittel für die Entwicklung und Produktion neuer und modernisierter Atomsprenköpfe erhöht werden. Zudem sollen Atomtests vorbereitet werden, obwohl die USA den Vertrag über das umfassende Verbot von Atomwaffentests unterzeichnet und seit 1992 keine Atomwaffe mehr in vollem Umfang getestet haben. Sollten die USA tatsächlich neue Atomtests durchführen, ist zu erwarten, dass andere Nationen nachziehen. Das muss unbedingt verhindert werden.

Die verbleibenden Rüstungskontrollverträge sollen laut "Project 2025" beendet werden, weil sie dem Ziel einer Stärkung der nuklearen Abschreckung im Weg stehen. Damit steht zu befürchten, dass Staaten wie Russland, China, Iran und Nordkorea künftig ebenfalls massiv nuklear aufrüsten und das Risiko eines Atomkrieges immer weiter wächst. In der US-Zivilgesellschaft wird befürchtet, dass selbst Japan, Südkorea und sogar Deutschland über die nukleare Grenze getrieben werden könnten.

Was kann in dieser politischen Stimmung überhaupt für Frieden und Abrüstung getan werden?

Wenn sich das Narrativ durchsetzt, dass Rüstungskontrolle gescheitert ist, würde die internationale Sicherheits- und Nichtverbreitungsarchitektur zusammenbrechen. Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass insbesondere die Verbündeten der USA auf eine Einhaltung der bestehenden Verträge und Abkommen drängen und Initiativen für neue Rüstungskontroll-Vorhaben anstoßen. Donald Trump muss klar gemacht werden, dass ein Atomkrieg niemals gewonnen werden kann und daher nicht einmal vorbereitet werden darf.

Ohne Rüstung Leben fordert mehr internationale Zusammenarbeit, um das Völkerrecht und das nukleare Tabu zu stärken sowie der fortschreitenden Militarisierung und Eskalation von Konflikten entgegenzuwirken. Während Trumps letzter Amtszeit haben die Vereinten Nationen den UN-Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen! Es besteht also kein Grund, nicht weiterhin die Alternativen zur Aufrüstung und Konfrontation mit aller Kraft zu unterstützen. Die Bundesregierung - insbesondere die künftige! - ist hier in der Pflicht.

--

**siehe auch:**

[https://www.n-tv.de/wirtschaft/Top-Milliardäre-nach-Trump-Sieg-noch-reicher-article25347114.html?utm\\_source=pocket-newtab-de-de](https://www.n-tv.de/wirtschaft/Top-Milliardäre-nach-Trump-Sieg-noch-reicher-article25347114.html?utm_source=pocket-newtab-de-de)

**Rekord-Anstieg von Vermögen Top-Milliardäre nach Trump-Sieg noch reicher**

08.11.2024, 11:00 Uhr

—

**9. Weact: Zur Mitunterzeichnung:**

**Keine Werbepartnerschaft zwischen Borussia Dortmund und Rheinmetall!**

[https://weact.campact.de/petitions/keine-werbepartnerschaft-zwischen-borussia-dortmund-und-rheinmetall?share=262c6bfa-63b0-4d03-982d-1c57b80dc859&source=copy\\_email&utm\\_medium=recommendation&utm\\_source=copy\\_email](https://weact.campact.de/petitions/keine-werbepartnerschaft-zwischen-borussia-dortmund-und-rheinmetall?share=262c6bfa-63b0-4d03-982d-1c57b80dc859&source=copy_email&utm_medium=recommendation&utm_source=copy_email)

--

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt  
Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

-----

Clemens Ronnefeldt  
Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes  
A.-v.-Humboldt-Weg 8a  
85354 Freising

Tel.: 08161-547015

Fax: 08161-547016

[C.Ronnefeldt@t-online.de](mailto:C.Ronnefeldt@t-online.de)

[www.versöhnungsbund.de](http://www.versöhnungsbund.de)

Spendenkonto für die Arbeit des  
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

**IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00**

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt